

Allgemeine Geschäftsbedingungen Mietvertrag Rauchwarnmelder

I. Vertragsgegenstand

1. Der Auftraggeber (folgend AG) erteilt dem Auftragnehmer (folgend AN) den Auftrag, die oben genannte Liegenschaft mit Rauchwarnmeldern (batteriebetrieben) nach DIN EN 14604 auszustatten. Eine nachträgliche Korrektur der angegebenen Stückzahlen kann sich aus der Montage ergeben. Sollte die aufgrund von technischen Gegebenheiten und Erfordernissen tatsächlich benötigte Art und Anzahl der Geräte im Laufe der Mietzeit von dem Verzeichnis abweichen und wird dadurch eine Mehr- oder Minderlieferung erforderlich, so erstreckt sich der Inhalt des Mietvertrages auf die tatsächlich benötigte Geräteart und -anzahl, wenn dies für eine ordnungsgemäße Ausstattung erforderlich und für den AG nicht unzumutbar ist. Sofern für die ordnungsgemäße Ausstattung der Liegenschaft andere Geräte notwendig sind als vom AG in Auftrag gegeben und diese vom AN nicht beschafft werden können, kann der AN jederzeit von diesem Vertrag zurücktreten.
2. **Gerätemontage**
Die Kosten für die Gerätemontage sind im Mietpreis enthalten oder werden, je nach Vereinbarung, gesondert berechnet. Die Montage erfolgt nach den Regeln der Technik.
3. **Gerätenutzung**
Der AG ist berechtigt, die Mietobjekte für die Dauer der Mietzeit im Rahmen der Zweckbestimmung zu nutzen. Bei vertragswidriger Verwendung ist der AN zur fristlosen Kündigung berechtigt. Der AG hat für die pflegliche und schonende Behandlung des Mietobjektes Sorge zu tragen sowie alle gesetzlichen Vorschriften im Zusammenhang mit dessen Nutzung zu beachten. Der AN hat jederzeit das Recht, nach vorheriger Ankündigung, das Mietobjekt zu besichtigen und dessen Einsatz zu überprüfen. Der AG ist verpflichtet, dem AN einen ungehinderten Zugang zu verschaffen. Der AN ist berechtigt, dem AG die Kosten einer zweiten oder mehrmaligen Anfahrt in Rechnung zu stellen.
4. **Mietgarantie**
 - 4.1 Die gemieteten Geräte werden während der Mietzeit durch den AN funktionsfähig gehalten. Etwaige Mängel werden kostenlos behoben. Ausgenommen hiervon sind folgende, nicht vom AN zu vertretende Ausfallursachen:
 - nachträgliche Veränderung der Einbaubedingungen
 - unsachgemäße Eingriffe und Bedienung, insbesondere Nichtbeachtung von Installations- und Bedienungsvorschriften
 - falsche Betriebsbedingungen
 - Entfernung oder Beschädigungen vom bzw. am Mietobjekt.
 - 4.2 Die Mietgarantie beschränkt sich auf das Gerät selbst.
 - 4.3 Nicht vom Vertrag umfasst sind die nach den Regeln der Technik vorgeschriebenen regelmäßigen Inspektionen. Hierfür ist ein gesonderter Wartungsvertrag abzuschließen.
 - 4.4 Soweit die Mietgeräte durch Dritte im Auftrag des AG installiert werden, haftet der AN nicht für den korrekten Einbau.
 - 4.5 Der notwendige Wechsel von Batterien und Akkumulatoren erfolgt je nach Bedarf gemäß DIN 14676. Materialkosten werden gesondert in Rechnung gestellt.
 - 4.6 Den Instandsetzungstermin kündigt der AN in geeigneter Weise mindestens 10 Tage im Voraus an. Die Ankündigung erfolgt gemäß Festlegung auf dem Deckblatt zum Vertrag.

II. Vertragslaufzeit, Kündigung

1. Die Laufzeit der Verträge ist individuell vereinbart und entspricht dem auf Seite 1 eingetragenen Tarif.
2. Die Preise sind wegen der Refinanzierung der Fixkosten und der festen gerätetypischen Nutzungsdauer von dem gewählten Laufzeittarif abhängig. Hierüber ist der AG vor Auswahl des Laufzeittarifes informiert worden.
3. Laufzeittarif:
 - 3.1 Kurztarif
Die Vertragslaufzeit beträgt für alle Geräte 5 Jahre.
 - 3.2 Langtarif
Die Vertragslaufzeit beträgt für alle Geräte 10 Jahre.
 - 3.3 Individualtarif
Es gilt die auf Seite 1 individuell vereinbarte Vertragslaufzeit.
4. Der Vertragsbeginn wird individuell vereinbart und auf Seite 1 des Vertrages festgehalten.
5. Dieser Vertrag verlängert sich jeweils um die Erstlaufzeit, wenn er nicht mit einer Frist von sechs Monaten zum Ablauf einer Vertragsperiode schriftlich gekündigt wird.
6. Der Vertrag kann während der fest vereinbarten Vertragslaufzeit nur aus wichtigem Grund gekündigt werden.

III. Preise/Preis Anpassung

1. Die Stückpreise verstehen sich zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer.
2. Die Mietpreise sind für die Dauer der vereinbarten Erstvertragslaufzeit unveränderlich.
3. Bei einer Vertragsverlängerung besteht für den AN zum Beginn der Vertragsverlängerung ein einseitiges Preisbestimmungsrecht für die anschließende Vertragsperiode. Er ist insoweit an das billige Ermessen gemäß § 315 BGB gebunden. Preisänderungen sind dem AG schriftlich mitzuteilen.
4. Ein erhöhter Zeitaufwand aufgrund erschwerter Montagebedingungen, Wartezeiten, vergebliche Anfahrten und Sonderleistungen werden gesondert nach der jeweils gültigen Leistungspreisliste berechnet.

IV. Zahlungsweise/Verzug

1. Die Miete wird jährlich im Voraus fällig. Die Miete ist ohne jeglichen Abzug an den AN zu leisten.
2. Gerät der AG mit der fälligen Miete länger als einen Monat in Verzug, so wird die gesamte Miete, die nach diesem Vertrag bis zum Ablauf der Mietzeit noch zu zahlen ist, in einer Summe sofort fällig.
3. Kommt der AG in Zahlungsverzug, so ist der AN berechtigt, Verzugszinsen von 5 Prozentpunkten per annum über dem jeweiligen Basiszinssatz geltend zu machen; der Nachweis eines höheren Schadens bleibt vorbehalten.
4. Aufrechnungsrechte stehen dem AG nur zu, wenn die ihm zustehende Gegenforderung rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder anerkannt ist.

V. Eigentum an den Geräten/Eigentumsvorbehalt

Die Rauchwarnmelder sind in das Gebäude des AG nur zum vorübergehenden Gebrauch eingebaut. Sie bleiben Eigentum des AN.

VI. Gewährleistung/Haftung

1. Die Haftung aus diesem Vertrag wird durch den Schutzzweck der bauordnungsrechtlichen Bestimmungen für den Einbau von Rauchmeldern begrenzt. Rauchmelder dienen danach nicht zur Verhinderung von Bränden oder Vermeidung von Sachschäden, sondern ausschließlich der Alarmierung zur Begrenzung von Personenschäden. Scheitert die jährliche Wartung aus Gründen, die der AN nicht zu vertreten hat, haftet der AN nicht für sich daraus ergebende Schäden.

2. Die Gewährleistung beträgt 6 Monate, bei Lieferung gerechnet ab Lager und bei Montageleistungen gerechnet ab Abnahme oder Ingebrauchnahme. Der letztgenannte Zeitpunkt ist auch dann maßgebend, wenn der AG dem AN die Lieferung und Montage als einheitliche Leistung in Auftrag gibt. Die Gewährleistung entfällt, wenn bei den Geräten die Originalplombe verletzt worden ist oder der AG bereits Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten vorgenommen oder veranlasst hat.
3. Schadenersatzansprüche sind ausgeschlossen, soweit sie nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des AN beruhen.
4. Der AG ist verpflichtet, den AN auf ihm bekannte oder angezeigte Funktionsmängel hinzuweisen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, verliert er sein Recht zur Mietminderung.
5. Soweit Ansprüche gegen den AN ausgeschlossen oder begrenzt sind, gilt der Haftungsausschluss oder die Haftungsbegrenzung auch für Mitarbeiter, gesetzliche Vertreter und Erfüllungsgehilfen des AN.

VII. Vertragsbeendigung/Rechtsnachfolge

1. Sollte der Vertrag einvernehmlich beendet werden, kann der AN sämtliche Mietzahlungen bis zum ursprünglich vereinbarten Mietende sofort fällig stellen.
2. Bei einer unberechtigten außerordentlichen Kündigung durch den AG ist der AN berechtigt, seine Leistungen einzustellen und die bis zum Ende der regulären Laufzeit geschuldete Vergütung sofort in Rechnung zu stellen.
3. Der AN ist bei Vertragsbeendigung berechtigt, die Geräte nach seiner Wahl auszubauen oder im Gebäude zu belassen.
- 3.1 Die Kosten für einen Ausbau der Geräte (Demontage) trägt der AG.
- 3.2 Der Umfang der Demontage wird vom AG festgelegt (z.B. nur Abbau der Geräte oder auch Beseitigung von Einbauspuren).
4. Im Falle eines Wechsels der Eigentumsverhältnisse an der Liegenschaft bleibt der Anspruch gegen den AG bestehen, es sei denn, dass der Erwerber in die Rechte und Pflichten dieses Vertrages eintritt und der AG eine Nachfolgeeintrittserklärung vorlegt.
5. Tritt anstelle des bisherigen AN ein anderes Unternehmen in die sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten ein, so bedarf es hierfür nicht der Zustimmung des AG. Der Wechsel des AN ist dem AG bekanntzugeben. Der AG ist berechtigt, das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund mit zweiwöchiger Frist auf das Ende des der Bekanntgabe folgenden Monats zu kündigen.

VIII. Information nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG)

Der AN ist nicht bereit und nicht verpflichtet, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

IX. Vertretungsverhältnisse

1. Im Falle von Personenmehrheiten auf der Seite des AG versichert der Unterzeichner zur Vertretung berechtigt zu sein. Die AG bevollmächtigen sich gegenseitig, Erklärungen des AN mit Wirkung für den jeweils anderen entgegennehmen zu dürfen.
2. Soweit der Vertrag mit einer Wohnungseigentümergeinschaft, vertreten durch den Wohnungseigentumsverwalter, geschlossen wird, bindet er auch bei Mängeln an der Bestellung des Verwalters die Wohnungseigentümergeinschaft.

X. Sonstige Bestimmungen

1. Der AN verpflichtet sich, die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Er wird die vom AG übergebenen personenbezogenen Daten nur vertragsgemäß im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung erheben, verarbeiten und nutzen. Weiterhin wird der AN bei der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten ausschließlich Personal einsetzen, das auf das Datengeheimnis verpflichtet ist. Weitergehende Regelungen finden sich in der Vereinbarung über Auftragsverarbeitung nach § 28 Abs. 3 DS-GVO.
Personenbezogene Daten werden spätestens 3 Jahre nach Beendigung des Vertragsverhältnisses gelöscht.
Als personenbezogene Daten werden Namen von Wohnungsnutzern, mit Zuordnung der jeweiligen Wohnung, und Bestandsdaten der Wohnungen erhoben und gespeichert. Der AG ist berechtigt und verpflichtet, erkannte Fehler in den personenbezogenen Daten durch den AN berichtigen zu lassen.
2. Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen des Vertrages sowie auch die Abbedingung der Schriftformabrede bedürfen der Schriftform.
3. Sollten einzelne Bestimmungen unwirksam oder undurchführbar sein, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. Unwirksame Regelungen werden durch wirksame Regelungen ersetzt, die dem wirtschaftlich Gewollten entsprechen.
4. Gerichtsstand für alle im Zusammenhang mit diesem Vertrag stehenden Streitigkeiten ist der Sitz des AN, sofern der AG Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

XI. Widerrufsrecht für Verbraucher/Belehrung

Sie haben als Verbraucher das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag, an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter den Vertrag unterzeichnet haben bzw. hat. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns

(AMVD Heizkostenabrechnung e.K., Köhraer Str. 9, 04277 Leipzig,
Tel.: 0341 225740-0, Fax: 0341 225740-50, E-Mail: info@amvd.eu)

mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Wir können die Rückzahlung verweigern, bis wir die Geräte wieder zurückerhalten haben oder bis Sie den Nachweis erbracht haben, dass Sie die Geräte zurückgesandt haben, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist.

Sie haben die Geräte unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrags unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden.

Sie tragen die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Waren. Die Kosten werden auf höchstens 50,00 EUR geschätzt.

Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang durch Sie zurückzuführen ist.